

Kantonsratsbeschluss

Vom 5. Dezember 2012

Nr. SGB 124/2012

Globalbudget "Militär und Bevölkerungsschutz" (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2013 bis 2015

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 11. September 2012 (RRB Nr. 2012/1827), beschliesst:

1. Für das Globalbudget "Militär und Bevölkerungsschutz" werden für die Jahre 2013 bis 2015 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Militär
 - 1.1.1 Kundenbezogene prompte Erfüllung der kantonalen Militäraufgaben, sowie konsequenter Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe.
 - 1.2 Produktgruppe 2: Zivilschutz
 - 1.2.1 Sicherstellen einer lage- und risikogerechten Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes.
 - 1.2.2 Befähigung der regionalen Führungsstäbe zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
 - 1.3 Produktgruppe 3: Katastrophenvorsorge
 - 1.3.1 Sicherstellen der Einsatzbereitschaft der kantonalen Führungsorganisation
 - 1.3.2 Gefahren- und Risikoanalyse
2. Für das Globalbudget "Militär und Bevölkerungsschutz" wird als Saldovorgabe für die Jahre 2013 bis 2015 ein Verpflichtungskredit von 20'265'897 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget "Militär und Bevölkerungsschutz" wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV)³⁾ angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrats

Christian Imark
Präsident

Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 115.1.

³⁾ BGS 126.3.

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (3)
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (6)
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Parlamentscontroller
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (794/2012)